

Studierende verschiedener Hochschulen von B-W haben am heutigen Donnerstag den 29.10.2009 während einer Gruppenarbeitsphase im Rahmen der Anhörung der grünen Landtagsfraktion im Landtag folgendes gemeinsames Statement ausgearbeitet:

Wir möchten die Landesregierung in ihrer Wahrnehmung korrigieren: sie irrt sich gewaltig, wenn sie glaubt, dass die Studierenden in Baden-Württemberg mit den studentischen Mitbestimmungsmöglichkeiten einverstanden sind.

Wir halten die gesetzlichen Rahmenbedingungen, insbesondere die Ausführungen im Paragraph 65 des LHG für unzureichend. Wir haben festgestellt, dass wir alle ähnliche Negativ-Erfahrungen in hochschulinternen Gremien gemacht haben – man begrüßt uns, wenn wir die Meinung der Professoren und Hochschulleitung befürworten, man ignoriert uns, wenn wir kritische, unbequeme Äußerungen formulieren. Außerdem dürfen sich die offiziellen studentischen Vertretungen zu (hochschul-)politischen Themen nicht äußern. Da die Studierenden sich trotzdem als mündige, der Demokratie verpflichtete Menschen betrachten organisieren sie sich natürlich auch so - agieren dadurch allerdings mehr oder weniger illegal und ihre Handlungsmöglichkeiten sind stark beschränkt. Aus solchen Erfahrungen und dem Gefühl nicht wirklich ernst genommen zu werden resultiert Politikverdrossenheit und Desinteresse an hochschulpolitische Arbeit. Dies kann doch nicht wirklich im Interesse der Landesregierung liegen. Gerade dann nicht, wenn sie an der erfolgreichen Umsetzung der Ideen der Bologna-Reform interessiert ist. Die vielbeschworene Autonomie der Hochschule erfordert eine gesetzlich verankerte Mitbestimmung der Studierenden, die Ausarbeitung und Formulierung von Kompetenzkatalogen darf dann nicht nur Professoren und externen Vertretern aus der Wirtschaft überlassen werden, da müssen wir mitentscheiden.

Der Ist-Zustand bezüglich der studentischen Mitbestimmung ist unzufriedenstellend und muss umgehend verändert werden - ein kurzer Blick in 14 andere Bundesländer ist hierbei hilfreich: Denn wie rechtfertigt es die Landesregierung, dass ihre Studierende weniger demokratische Rechte besitzen als beispielsweise die hessischen Studierenden? Die Landesregierung behauptet öffentlich, die Verfasste Studierendenschaft sei „unzeitgemäß“ (Entwurf des KIT-Gesetzes, LT-Drucksache 14/4600, S. 76). Das hier an den Tag gelegte Demokratie-Verständnis ist mehr als besorgniserregend. Vorschläge zu einer tatsächlichen Verbesserung der katastrophalen Lage der Studierenden an den baden-württembergischen Hochschulen sind nicht in Sicht, stattdessen hört man aus Stuttgart parteipolitisch motivierte unfundierte Behauptungen. Dabei wird die reale Lage völlig verkannt: Ohne die an vielen Hochschulen sehr großzügige Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen, teilweise bis zur deutlichen Überschreitung, wäre eine sinnvolle Arbeit in den Gremien für Studium und Lehre gar nicht mehr möglich. Wo diese Auslegung unterbleibt, sind die Folgen für alle Beteiligten offensichtlich: Katastrophale Zustände in den Studiengängen, Reformunfähigkeit bis hin zur totalen Blockade und ein für alle Parteien vergiftetes Arbeitsklima. Damit lässt sich die von Minister Frankenberg geforderte weitergehende Autonomie der Hochschulen in keinem Fall sinnvoll gestalten.

Wir fordern deshalb eine wirkliche studentische Mitbestimmung mit entsprechenden Entscheidungskompetenzen, die durch gesetzliche Rahmenbedingungen fest verankert sind und nicht vom guten Willen der jeweiligen Hochschulleitung abhängig sind. Wir müssen offiziell politische Aussagen treffen können. Für ein effektives und selbstverwaltetes Arbeiten fordern benötigen wir außerdem Satzungs- und Finanzautonomie, um von der jeweiligen Hochschulleitung und -verwaltung unabhängig zu sein.

Wir sind der festen Überzeugung, dass der angestrebte Soll-Zustand sich nur durch die Wiedereinführungen von Verfassten Studierendenschaften in Baden-Württemberg verwirklichen lässt. In unseren Forderungen unterstützen uns seit langem die Senate einiger der größten Universitäten des Landes, darunter Freiburg, Tübingen und Karlsruhe.